

Kein Ende des globalen Kapitalismus

Eindrücke von und Anmerkungen zu einer Tagung der Mont Pèlerin Society in New York

Für viele Zeitgenossen, keineswegs nur doktrinäre Marktkritiker, belegt die Finanz- und Wirtschaftskrise das Versagen der Marktwirtschaft. Diese müsse gezähmt und gebändigt oder gar durch ein besseres System ersetzt werden. Die Anhänger einer freiheitlichen, offenen Ordnung befinden sich in der Defensive. An einer Tagung der liberalen Mont Pèlerin Society in New York tönte es jedoch ganz anders.

G. S. Es war höchste Zeit: Seit Monaten verkünden die meisten Medien und unzählige Politiker voll Lust und Häme, dass der Markt versagt habe und die «Neoliberalen» an der grössten Krise seit der grossen Depression schuld seien. Nicht das Ende der Geschichte sei angebrochen, wie es Francis Fukuyama einst vollmundig proklamiert hatte, sondern das Ende des Kapitalismus. Und ausgerechnet jene Organisation, die 1947 gegründet wurde, um den immer eine Minderheit bildenden Liberalen in aller Welt moralisch und intellektuell den Rücken zu stärken, die Mont Pèlerin Society (MPS), blieb schweigsam. Anfang letzten Monats hat sie nun endlich Flagge gezeigt, mit einer kurzfristig organisierten ausserordentlichen Konferenz in New York über «The End of Globalizing Capitalism? Classical Liberal Responses to the Global Financial Crisis».

Die menschliche Natur

Die MPS tat dies, wie es ihrem Charakter entspricht, mittels pointierter Vorträge und angeregter Debatten, aber nicht durch Manifeste und Deklarationen. Dafür ist die Gesellschaft zu heterogen, sind die Meinungen zu unterschiedlich. Unter den Referenten fanden sich grosse Namen, Nobelpreisträger der Ökonomie wie Gary Becker und Edmund Phelps, der aufsteigende Star unter den Historikern, Harvard-Professor Niall Ferguson, die Grand Old Lady des Monetarismus, Anna Schwartz, der mehrfache amerikanische Präsidentschaftskandidat Steve Forbes oder die mutige Freiheitskämpferin Ayaan Hirsi Ali. Viele Referenten waren nicht nur keine Mitglieder der MPS, sondern vertraten klar keynesianische Ansichten. Das war unter den Mitgliedern der MPS nicht ganz unumstritten, entsprach aber dem Wunsch des MPS-Vorstands, gerade auch in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen die eigenen Argumente und Sichtweisen zu schärfen.

In der Diagnose waren sich die meisten Referenten einig, zumal alle Liberalen. Depaak Lal, der aus Indien stammende und an der University of California in Los Angeles (UCLA) lehrende Präsident der Gesellschaft, erinnerte gleich zu Beginn an Adam Smith' «Theory of Moral Sentiments» und an David Humes «Treatise on Human Nature», um zu betonen, wie sehr die menschliche Natur im Zentrum der Ursachen der Krise stehe. Viele der Redner griffen das ebenfalls auf. Die menschliche Natur könne sich nicht innert weniger Jahre oder Jahrzehnte verändern, sie bleibe im Grunde gleich. Deshalb seien Gier und Masslosigkeit auch keine neuen Phänomene, sie äusserten sich lediglich auf andere Weise als früher und sie hätten sich in einem fruchtbaren

Umfeld entwickelt, lautete ein Tenor.

Der Staat als Ursache der Krise

Die 94-jährige Anna Schwartz, die einst mit Milton Friedman zusammen das Standardwerk über die «monetäre Geschichte» der USA und über die Geldpolitik in der Weltwirtschaftskrise geschrieben hatte, präsentierte luzide wie eh und je ihre Einschätzung der Ursachen in drei Punkten: zu expansive Geldpolitik, direkte staatliche Einflussnahme in der Wohnungspolitik zugunsten ärmerer Familien (Fannie Mae und Freddie Mac) sowie zu wenig ausgereifte Produktinnovationen im Finanzsektor. Interessant war ihre Einschätzung, dass keine Zentralbank der Welt in einer Demokratie die Inflation bei Vermögenswerten wirklich ganz verhindern könne, wenn dies zu einer Rezession führe, weil das politisch nicht akzeptiert werde. Man hätte aus ihrer Sicht höchstens die Übertreibungen früher brechen können, aber nicht viel mehr. Bei den neuen Produkten sah sie die Hauptverantwortung bei den Investoren, die sich über Risiken informieren müssten. Mit John B. Taylor (Stanford), dem wir die Taylor-Regel verdanken, traf sie sich ferner in der Überzeugung, dass die Krise keine Liquiditätskrise war und ist, sondern eine Gegenpartei-risiko- und eine Solvenzkrise.

Peter Boettke (George Mason University), ein Anhänger der «Österreichischen Schule» der Nationalökonomie, fasste die Haltung vieler Teilnehmer prägnant zusammen. Es handle sich bei dieser Krise nicht um ein Marktversagen, das nun nach einer staatlichen Korrektur rufe, sondern um Staatsversagen, das sich auf den Märkten niederschlage. Und all jenen, die das für Dogmatismus halten, hielt er die Dreiteilung entgegen, man könne den Markt entweder für effizient halten oder für ineffizient oder für zwar in jedem Zeitpunkt ineffizient, aber ständig auf der Suche nach ungenutzten Möglichkeiten.

Wo waren all die Regulatoren?

Immer wieder ging es natürlich um Fragen der Regulierung. Haben die Regulierungen versagt? Wurde zu wenig reguliert? Richard Cooper, Professor an der Harvard University, stellte die Gegenfrage: Wo waren all die Regulatoren und Aufsichtsbehörden, die es ja in nicht geringer Zahl in allen Ländern gibt? Für ihn ist Basel II, das grosse Regulierungswerk über Eigenmittelausstattung der Banken, an dem rund zehn Jahre gefeilt worden sei, ebenso tot wie für Ferguson. Andere stiessen ins gleiche Horn. Nobelpreisträger Gary Becker (Chicago) etwa meinte, die Geschäftsbanken seien ein besonders stark regulierter Teil der Finanzbranche, hätten aber alles andere als brilliert. Und Sarbanes Oxley diene naheliegenderweise als abschreckendes Beispiel. Fast allgemein sei man nach Enron der Meinung gewesen, es müsse regulatorisch gehandelt werden. Heute sei man sich hingegen ebenso einig, dass man übers Ziel hinausgeschossen habe. Sarbanes Oxley habe den Unternehmen das eigene Urteil, die eigenständige Kontrolle und letztlich auch die Verantwortung weggenommen.

Dennoch sahen, entgegen dem von Liberalismus-Kritikern genussvoll gepflegten Klischee, fast alle, die sich in New York an den Diskussionen beteiligten, eine Rolle für den Staat und für

Regulierungen. Es gebe viele gut funktionierende Regeln, und solche brauche es jetzt auch. Aber Qualität sei gefragt, nicht Quantität oder, anders gesagt, nicht mehr, sondern bessere Regeln.

Wegreguliertes Risiko

Harold Demsetz (UCLA) artikulierte allerdings ein klassisches Dilemma marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik. Einerseits können Regulierungen für die Sicherung der Stabilität und bei eindeutigem Marktversagen sinnvoll sein, andererseits werden sie im Allgemeinen zu risikofeindlich konstruiert. Damit zerstören sie das, was die Qualität freier, offener Gesellschaften ausmacht, nämlich, dass die Menschen Risiken eingehen und im guten wie im schlechten die Konsequenzen tragen, was wiederum die Grundlage von Innovation und Fortschritt bildet. Deshalb warnen viele zu Recht davor, nun Konjunkturzyklen, Strukturwandel, ja selbst Krisen gewissermassen wegeregulieren zu wollen, abgesehen davon, dass dies gar nicht möglich ist. Darin waren sich nämlich fast alle einig, dass Finanzsysteme und die Marktwirtschaft inhärent instabil sind: «Die Stabilität sät Samen der Instabilität.»

In einer Regulierungsfrage trafen die Meinungen dagegen besonders heftig aufeinander, nämlich beim Thema «Mark-to-Market». Die Buchhaltungstheologen hätten durchgesetzt, dass Positionen zu Marktpreisen bewertet und in der Bilanz aufgeführt würden, selbst wenn es gar keinen Markt für diese Werte gebe, meint etwa Cooper. Dahinter stecke der Irrglaube, jedes kleine Stückchen Information verbessere die Transparenz. Andere, etwa Demsetz, wollten die an sich sinnvolle Regel nicht unbedingt aufgeben, und der immer pragmatisch-weiser werdende Becker plädierte einfach für eine flexiblere Handhabung, wenn es praktisch keine Marktbewertung gebe.